

- Tischvorlage - zu TOP 9.2.1

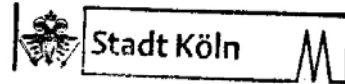
## FRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Klettenberg\*Sülz\*Lindenthal\*Braunsfeld\*Müngersdorf\*Junkersdorf\*Weiden\*Lövenich\*Widdersdorf

BV 3 am 19.09.2011

An die Bezirksbürgermeisterin  
Helga Blömer-Frerker

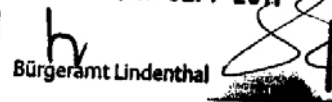
An den Oberbürgermeister  
Jürgen Roters



Eingang 19. SEP. 2011



Eingang 19. SEP. 2011



BV 3 Lindenthal

Köln 19.09.2011

Titel Integrierte Jugendhilfe – und Schulentwicklungsplanung Köln 2011  
Ziele, Herausforderungen und Entwicklungsperspektiven für gerechte Bildungs-  
und Zukunftschancen

### Wir bitten Sie, folgenden Ergänzungsantrag auf die TO der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung zu setzen:

- \* Politik, Verwaltung und Jugendhilfeplanung sind aufgefordert, in Zukunft die vorhandenen Einrichtungen und Flächen zu sichern sowie eine weitgehende Planung zu erstellen und keine weitere Veräußerung von Grundstücken zur Wohnbebauung **ohne** Schaffung zugehöriger Infrastruktur zuzulassen.
- \* Wir fordern die Verwaltung auf, eine jährliche Fortschreibung des Berichtes mit der Integration der Jugendhilfeplanung zu erstellen.
- \* Weiterhin wird gefordert, dass Verwaltung und Politik mit Verbänden, Fachleuten und Bürgerinnen und Bürgern sowie Kindern und Jugendlichen eine Diskussion über Zukunftsperspektiven und **aktive** Planung in Gang setzt.

### Begründung:

Grundsätzlich wird der **Bericht** als überfällig begrüßt. Schwerpunkt ist die Darstellung der Betreuungssituation von Kindern und die heutige Schulsituation sowie zahlenmäßige Vorausschau auf die kommenden Jahre. Es zeigt sich, dass entgegen früherer Annahmen die Zahl der Kinder und Jugendlichen in Köln zunimmt und die Kapazitäten bei weitem nicht ausreichen. Der Bericht stellt von daher eine Reaktion auf diese Erkenntnis dar.

Tatsächliche **Jugendhilfeplanung** und Zukunftsvisionen kommen eher zu kurz, zumal der Bereich Jugend in einem eigenen späteren Bericht behandelt wird und so aus dem Blick gerät. Schulplanung und Jugendhilfeplanung stehen nicht gleichberechtigt nebeneinander.

Es schließt sich die **Forderung nach jährlicher Fortschreibung des Berichtes mit Integration der Jugendhilfeplanung** an. Ebenfalls notwendig ist die verstärkte Diskussion über Zukunftsperspektiven und eine **aktive Planung** innerhalb Politik und

Verwaltung sowie mit Verbänden, Fachleuten und den Bürgerinnen und Bürgern. Ebenfalls sind hier –Stichwort **Partizipation** - die Kinder und Jugendlichen genannt. Für Verwaltung und Politik besteht **großer Handlungsdruck**, da sowohl die Betreuungssituation der unter 3jährigen und der Kitakinder mit Rechtsansprüchen im Raum steht, als auch die Schulsituation sich in einigen Stadtteilen zuspitzt. Hier ist der gesamte **Bezirk Lindenthal** in erhöhtem Maß betroffen. Es mangelt im gesamten Bezirk 3 (sowie in den angrenzenden Bezirken) an Baugrundstücken zum Neubau von Kitas, Jugendeinrichtungen, Schulen, Spielplätzen und Bolzplätzen.

**Jugendhilfeplanung, Verwaltung und Politik sind aufgefordert, in Zukunft die vorhandenen Einrichtungen und Flächen zu sichern sowie eine weitgehende Planung zu erstellen und KEINE weitere Veräußerung von Grundstücken ohne zur Wohnbebauung ohne Schaffung neuer Infrastruktur zuzulassen! Ein ungebremsster Zuzug von Familien OHNE die dazu gehörige Infrastruktur wird die Lebensqualität im Bezirk auf Dauer deutlich senken.**

Daraus ergeben sich grundlegende Forderungen an Politik und Verwaltung, alle auch nur denkbaren Möglichkeiten zu prüfen und schnellstmöglich umzusetzen. Aber auch die Einsicht der Bürgerinnen und Bürger ist gefragt, da - zumindest temporär- Einschränkungen für einzelne gesellschaftliche Gruppen hinzunehmen sind, um die angespannte Situation in Bezug auf die notwendige Versorgung unserer Kinder und Jugendlichen zu entspannen. Denn:

Kinder und Jugendliche sind immer noch unser aller Zukunft

**Wir fordern alle Gremien auf, auch ungewohnte Wege zu gehen, alle denkbaren Schritte zu überprüfen und eventuell Richtlinien zu verändern.**

Wir begrüßen grundsätzlich die Idee, gemeinsamen längeren Lernens. Der Bau neuer Schulen und die Erweiterung der bestehenden Schulen ist unumgänglich notwendig. Dies gilt für Kitas und Einrichtungen für unter 3jährige. **Wir fordern den Erhalt aller bestehenden Plätze, Projekte und Einrichtungen im Bezirk 3!**

- Bei **Bauvergaben** ist zu prüfen, ob eine weitere Verdichtung notwendig ist und ob die vorhandene Infrastruktur ausreicht. Ansonsten muss diese geschaffen werden.
- **Rückstellung von Verkauf und Neubauten**  
**Beispiel 1** „Alter Petershof“. Kein Verkauf und Neubau, sondern Erhalt der bestehenden Kitagruppen, bis eine gute Versorgung im Stadtteil gegeben ist. **Beispiel 2**: Sicherung des Grundstückes Kyllburger Str. 1-3 (z.Z. Jugendeinrichtung) zwecks Neubau einer Kita
- **Verpflichtende Sicherung von Grundstücken in B-Plänen**  
Für Jugendeinrichtungen sowie Spiel- und Bolzplätze in ausreichender Zahl an geeigneten Standorten auch **ohne** Vorlage einer konkreten Zeit – Maßnahmeplanung.
- **Vergrößerung der Anzahl von Kitagruppen**  
Köln hat eine interne Begrenzung auf 6 Gruppen. Andere Großstädte (Berlin) gehen über diese weit hinaus. Prüfung, ob an Stellen, an denen die Baufläche ausreichend ist, Kitas mit größerer Gruppenzahl errichtet werden können  
Beispiele: Gelände Mommsenstraße, Neubau Grundschule Wendelinstraße – hinterer Schulhof,
- **Sonderregelungen im Rahmen des Denkmalschutzes und öffentlicher Nutzung**. Beispiele: Bahnhof Belvedere als integratives Modell in Zusammenarbeit mit der Belvedere Schule, Aufstockung Jünkerather Straße

- **Einbeziehung von Kitagruppen in Allgemeine Nutzung:**  
**Beispiel:** Neubau historisches Archiv
- **Gespräche mit dem Landschaftsverband Rheinland über Richtlinienlockerung oder Sondergenehmigungen:** Gegebenenfalls sind die Richtlinien für den Bau von Kitas zu verändern und Sonderregelungen (eventuell temporär) zu schaffen. Es sind evtl. noch kleinere Baulücken im Bezirk vorhanden oder Anbauten/Umbauten möglich. Beispiel: Jugendzentrum Sülz,
- **Erweiterungsbauten im Parkrandgebiet . Einzelfallprüfung, Vergrößerung von Kitas, die im Randgehölz oder Grünstreifen von Parkanlagen liegen**  
**Beispiel: Castellauner Strasse**
- Darüber hinaus darf nicht vergessen werden, dass die Verdichtung im Stadtbezirk erhebliche Nachteile mit sich bringt. Wir bitten, besonders nachteilige Bebauung möglichst zu überdenken, zu verkleinern, oder zuerst andere Lösungen zu bevorzugen. Beispiel: Verkehrssituation an der Rennebergstr./Düstemichstr. sowie die Platzverkleinerung.

Mit freundlichen Grüßen

*Roland Schüle*

Roland Schüle